

Hannes Androsch

Israel in die EU?

Am 17. Juni 2004 gehaltene Rede vor dem 5. Internationalen Theodor Herzl Symposium in Wien

(Es gilt das gesprochene Wort)

Zwei Ereignisse der letzten Tage charakterisieren die Entwicklung und Veränderungen Europas. Zum einen die Wahl zum Europäischen Parlament. An der Wahl seiner 732 Mitglieder, davon 18 aus Österreich, haben wenige Wochen nach der Erweiterung der EU erstmals die 10 neuen Mitglieder teilgenommen. Mit der Erweiterung ist mit 455 Mio. Einwohnern bevölkerungsmäßig nach China und Indien der drittgrößte Binnenmarkt der Welt entstanden. Ökonomisch reicht sein Gewicht an das der USA heran.

Zum anderen war es die Co-Memoration, die Erinnerungsfeier an den D-Day. Mit dem längsten Tag der riskanten Invasion in der Normandie durch die Alliierten Streitkräfte am 6. Juni 1944 begann die Liberation, die Befreiung des europäischen Kontinents vom Schrecken und der Geißel des Hitler-Herrschaft, die Europa zum dunklen und zugleich blutigen Kontinent werden ließ. Dieser Tag leitete das Ende des grausamen und opferreichen Zweiten Weltkrieges ein, der mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 begonnen hatte. Nicht zu vergessen sind auch die großen Opfer Sowjetrusslands, für die symbolhaft und zugleich als Wende die Schlacht um Stalingrad steht.

Die Hauptlast dieser Befreiung trugen die Vereinigten Staaten. Nach dem Ersten Weltkrieg, auch Großer Krieg genannt, haben sie damit Europa zum zweiten Mal vor sich selbst gerettet, mit der Bewältigung des Kalten Krieges ein drittes Mal. Dies schaffte die Voraussetzungen dafür, dass der Kontinent, wenn zunächst für lange Zeit nur der westliche und nördliche Teil, in Frieden und Sicherheit bei zugleich steigender Prosperität und zunehmender Wohlfahrt leben konnten. Es war dies auch der Hintergrund, vor dem, beginnend mit der Montanunion 1951 und damit der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, die Europäische Integration zwar langsam, doch stetig voranschreiten konnte.

Die USA, die zunächst nur eine wirtschaftliche Großmacht war, wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur Weltmacht und in weiterer Folge zur Supermacht. Inzwischen stellt die USA die einzige Supermacht dar. Die USA wurde zur Hypermacht, zum Hegemon mit Anspruch auf Weltvorherrschaft. Das vorige Jahrhundert wird daher zu Recht als das amerikanische bezeichnet. Daran wird sich für noch geraume Zeit auch im 21. Jahrhundert nichts ändern.

Die Geschichte der europäischen Integration wurde zu einer Erfolgsstory, wenngleich, folgt man Egon Bahr und anderen, nicht übersehen werden kann, dass Europa ein Protektorat der USA ist, ein unsinkbarer Flugzeugträger. Europa musste im Dreißigjährigen Krieg des zurückliegenden Jahrhunderts einen erheblichen Bedeutungsverlust hinnehmen. Europe is a power in the world but not a world power, wie bemerkt wurde. Ökonomisch ist die EU mit dem größten Binnenmarkt der Welt ein Riese, politisch und militärisch aber ein Zwerg. Dies haben die Ereignisse des zerfallenden Jugoslawiens ebenso deutlich gemacht wie zuletzt der Irak-Krieg.

Europa weist also beträchtliche Schwächen auf. Dies verdeutlicht nicht nur das Fehlen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch das Fehlen einer gemeinsamen koordinierten und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. So gibt es zwar eine Währungsunion, aber keine Wirtschaftsunion, wohl aber Streit um einen gescheiterten und von allem Anfang dazu verurteilten Stabilitätspakt. Europa leidet auch an einer anämischen Wirtschaft. So wird das europäische Wirtschaftswachstum nur rund die Hälfte von dem für die USA erwarteten 4 %igen Wachstum betragen. Das staatliche Sozialnetz beginnt an seiner Überdehnung und daraus resultierenden Finanzierungsproblemen zu reißen, die Bevölkerung altert und beginnt insgesamt zu schrumpfen. Die Wirtschaft wird durch Überregulierung und bürokratische Hindernisse behindert. Mit dem im Jahr 2000 beschlossenen Lissabonner Prozess hat sich die EU zum Ziel gesetzt, bis 2010 zur stärksten wissensbezogenen Wachstumsregion der Welt zu werden. Diese Zielsetzung droht die EU deutlich zu verfehlen, wie die magere Bilanz der fast schon erreichten Halbzeit verdeutlicht.

Die Zukunft der Wissenschaften und der Forschung liegt heute in den Vereinigten Staaten. Das Jahresbudget einer einzigen amerikanischen Universität, der Harvard University, ist gegenwärtig höher als das Gesamtbudget aller europäischen Universitäten. Von den 100 besten Universitäten entfallen 59 auf die USA. Die USA, auf die 5 % der Weltbevölkerung entfallen, bestreiten 50 % der weltweiten Forschungsaufgaben. Europa hat als Folge auch einen gewaltigen brain drain in die USA hinzunehmen. Rund 400.000 in der EU ausgebildete Wissenschaftler arbeiten in den USA, wo sie 40 % der Forschungsgemeinde stellen. Im übrigen macht das Militärbudget der USA inzwischen 500 Milliarden USD aus, das ist rund die Hälfte der weltweiten Militärausgaben. Europa hat auch noch einen steinigen Weg vor sich, wenn es sich erfolgreich behaupten will.

Europa steht auch vor der Problematik einer ageing society, einer immer älter werdenden Gesellschaft. Der alternde Kontinent wird daher Zuwanderung benötigen. Die weit verbreitete Annahme, diese Problematik hätte sich durch die Aufnahme der neuen Mitglieder entschärft, stimmt nicht. In den neuen EU-Ländern leben im Schnitt weniger junge Menschen als in der alten EU. Auch deren durchschnittliche Geburtenrate liegt unter der von Deutschland. Ähnliches gilt übrigens auch für Israel. Demgegenüber verfügen die Maghreb-Staaten, aber auch die Türkei über eine dynamische Bevölkerungsentwicklung mit einer hohen Geburtenrate und einer jungen Bevölkerung. Dies gilt auch für die Bevölkerung der Palästinenser und stellt somit eine demographische Zeitbombe dar.

Seit 1. Mai verfügt die EU über 10 neue Mitgliedsländer und neue Außengrenzen. Russland, die Ukraine und Weissrussland wurden zu neuen Nachbarn.

In den nächsten Jahren werden aller Voraussicht nach Bulgarien und Rumänien, Kroatien, die verbleibenden Balkanstaaten und vielleicht auch Moldawien in die EU aufgenommen werden.

Die EU steht damit vor der Aufgabenstellung, ihre Nachbarschaftspolitik abzuklären und einen „Ring befreundeter Länder“ zu schaffen. Vor allem aber hat die EU die herausfordernde Aufgabenstellung zu bewältigen, die Erweiterung zu verarbeiten, sich zur Union zu vertiefen. Die einzelnen europäischen Staaten, die im historischen Zeitenlauf von Stadtstaaten über Flächen- und Nationalstaaten nunmehr zu Mitgliedsstaaten der EU wurden, müssen sich noch zur Union formen.

Henry Kissinger, damals US-Außenminister, hat das Jahr 1973 zum Jahr Europas erklärt, aber gleichzeitig auch sarkastisch angemerkt, Europa hätte nicht einmal ein Telefonnummer. Vor einigen Monaten darauf angesprochen, meinte er, eine Telefonnummer gäbe es inzwischen zwar schon, aber ohne Kompetenz und Flexibilität.

In diesem Zusammenhang ist zu hoffen, dass in diesen Tagen Übereinstimmung bezüglich der Verfassung der EU erzielt und ein neuer Kommissionspräsident, der für die Umsetzung

verantwortlich sein wird, nominiert wird.. Vor allem aber wird es für alle, auch für die großen EU-Mitgliedsländer unbedingt notwendig sein, von nationalstaatlichen, im Zeitalter der Globalisierung provinziell gewordenen Souveränitätsillusionen Abschied zu nehmen.

Die Lösung dieser Aufgabenstellung wird auch über die zukünftige Rolle Europas im Konzert der Weltmärkte entscheiden, das heißt, ob Europa als Mitspieler auf der Weltbühne in der Weltinnenpolitik einer zivilen Weltgesellschaft agieren wird oder zum Spielball wird. Das Szenario der politischen Weltbühne wird noch längere Zeit von den Vereinigten Staaten als Hypermacht dominiert werden, andere Länder wie China, Japan, Indien, Brasilien oder Russland werden als rising powers zunehmend an Bedeutung gewinnen. Nicht von ungefähr haben sich die G7 unter Einbeziehung Russlands längst schon zur G8 erweitert und bald wird China in diese Runde der mächtigsten Staaten der Welt aufgenommen werden, also die G9 entstehen.. Weiters wird erwogen, Indien, Japan und Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzuräumen.

Mag die Frage auch zunächst noch illusorisch klingen, so ist doch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht Sinn machen würde, wenn die EU, und zwar das in Vertretung aller ihrer Mitglieder, mit einem Sitz im Sicherheitsrat vertreten wäre.

Jedenfalls aber gilt es, die transatlantische Gemeinschaft partnerschaftlich zu reaktivieren, weil keines der Teile allein, also unilateral, die Probleme zu lösen vermag. Leider haben sich die Beziehungen in Folge des Irak-Krieges mehr als verschlechtert. Die wachsende Entfremdung zwischen USA und Europa hat Robert Kagan zur Metapher veranlasst „Americans are from Mars and Europeans are from Venus: They agree a little and understand another less and less.“ Nicht Mars noch Venus sollten die Beziehungen zwischen den USA und Europa bestimmen, sondern deren Tochter, Harmonia, die Mutter der Musen und die Personifikation von Ordnung und Eintracht. Im übrigen herrscht, wenn man die Handelsbeziehungen und Direktinvestitionen betrachtet, ohnehin Merkur. Damit zeigt sich aber auch, dass soft power vielleicht wichtiger ist als hard power und sich eben nicht alles unipolar, unilateral, preemptiv oder präventiv lösen lässt. Vor allem lässt sich Terror nicht mit militärischen Mitteln erfolgreich bekämpfen, schon gar nicht mit manichäischem Kreuzzug und Visionseifer.

Nach der Tragödie des Zweiten Weltkrieges meinte Golo Mann einmal „Was war Europa? Alles. Was ist es heute? Nichts. Was will es werden? Etwas.“ In anderem Zusammenhang wurde in Anlehnung an die von Goethe und Schiller in den Xenien aufgeworfene Frage gestellt „Europa – aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden.“ Seither ist vieles erreicht worden, mehr aber muss noch getan werden.

Für die EU stellt sich zunehmend die Frage, wo ihre Grenzen liegen, wo sie ihre Finalität finden kann. Der vormalige französische Außenminister Francois-Poncet meinte einmal, es gäbe keine zwingenden historischen, geographischen oder kulturellen Gründe, mit denen die Grenzen der Europäischen Union eindeutig bestimmt werden könnten.

Die Geschichte nimmt uns die Entscheidung nicht ab. Die Frage der Grenzziehung eines zusammenwachsenden Europas ist eine Frage des politischen Willens und der Operabilität, also der Machbarkeit, soll sich Europa nicht zu einer gehobenen Freihandelszone rückentwickeln.

Damit befinden wir uns aber mitten in dem Themenstellung, in welcher Weise mit dem Staaten auf der Südseite der EU von Anatolien bis Casablanca umgegangen werden soll und umgegangen werden kann. Mit der Barcelona-Deklaration 1995 wurde die Euro-Mediterranean Partnership geschaffen, mit dem Ziel, bis 2010 ein Free Trade Area zu errichten. In unterschiedlicher Ausprägung wurden mit den einzelnen Partner-Länder Assoziationsabkommen abgeschlossen. Zwei Länder, Malta und Zypern, gehören inzwischen der EU an. Von Marokko und der Türkei liegen Beitrittsansuchen vor.

Aus dem Kreis der verbliebenen Länder lassen Sie mich nun zwei – die Türkei und Israel - herausgreifen und damit zum eigentlichen Schwerpunkt der im Titel gestellten und für Viele provokanten Frage kommen.

Lassen Sie mich in der Türkei beginnen: Beim EU-Gipfel im Dezember des heurigen Jahres wird entschieden werden müssen, ob mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden oder nicht.

Die Perspektive einer Mitgliedschaft besteht schon seit vier Jahrzehnten. Festgehalten wurde sie 1963 von der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der noch aus sechs Gründerstaaten zusammengesetzten EWG. Diese unterzeichnete in Ankara einen Assoziationsvertrag, in dessen Präambel er heißt, er werde „später den Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft erleichtern“.

1987 reichte die türkische Regierung ein Beitrittsgesuch ein. Aber erst 1999 wurde die Türkei im Hinblick auf die gemachten Reformschritte vom Europäischen Rat formell als Kandidatenland anerkannt und eine Beitrittspartnerschaft eröffnet. Seither hat der türkische Reformprozess beträchtlich an Intensität gewonnen.

Die konkrete Perspektive eines EU-Beitritts der Türkei hat innerhalb der EU eine intensive und meist sehr emotionell geführte Debatte ausgelöst, bei der vor allem xenophobische Ängste zum Tragen kamen.

Bei dem zuletzt geführten Wahlkampf zum EU-Parlament, der wohl in den meisten EU-Ländern alles andere als europawürdig und zum Teil nur als erbärmlich bezeichnet werden kann, war das Thema Türkei negativ besetzt. Der Wahlkampf selbst wurde von den wahlwerbenden Parteien nicht für Europa, sondern gegen die EU geführt. Diese wurde zum Sündenbock für die eigenen Fehler gemacht. Im Gegenzug darf nicht verwundern, dass beim Souverän nicht Europa im Vordergrund der Überlegungen stand, sondern den eigenen nationalen Regierungen Denkzettel verpasst wurden. Die Bedeutung des EU- Parlaments ist im Wahlkampf nur am Rande thematisiert worden. Generell ist das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen Mediensystems ein großes Manko. Die EU und ihre Aktivitäten sind im öffentlichen Bewusstsein viel zu wenig präsent.

Was die Türkei betrifft, so werden von den Gegnern einer Mitgliedschaft vor allem kulturelle Gründe ins Treffen geführt. Diese fußt noch immer in der Vorstellung eines „Europas der Kathedralen“ wie dies Robert Schuman vor Jahrzehnten formuliert hat, ein rheinisch-karolingisches Europa mit Brennpunkten zwischen Aachen und Straßburg. Darüber ist die Zeit aber längst hinweggegangen, wenn heute die EU auch zwischen Estland und Zypern liegt.

Europa, das lange Zeit als Hort des Christentums galt, weist sich heute westlich säkular, laizistisch und pluralistisch aus.

Schätzungen zufolge leben heute in Europa 15 – 20 Millionen Muslime, davon 3 Millionen in Deutschland und 6 Millionen in Frankreich. Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien haben ebenso wie die Türkei eine muslimische Bevölkerung.

Auch im übertragenen Sinn werden Grenzziehungen im Gedankengang „Festung Europa“ und einer „Wacht am Bosphorus“ keine Lösungen darstellen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die EU in Sachen Beitritt der Türkei vor einem Dilemma steht: Die eröffnete Beitrittsperspektive kann und soll auch nicht nach 40 Jahren einseitig zurückgenommen werden. Die Türkei ist ein säkularer Staat mit demokratischer Verfassung und westlicher Orientierung. Diese stellt allerdings in einem nicht unwesentlichen

Spannungsfeld mit der muslimischen Bevölkerung. Weiters weist die Türkei etwa Defizite bei den Minderheitsrechten der Kurden oder der Rechte der Frauen auf.

Zu überlegen ist auch, ob die EU mit der Mitgliedschaft der Türkei und der damit verbundenen Annäherung an den Mittleren Osten über das Schwarze Meer und Anatolien nicht auch einen Sicherheitsabstand zu einem Raum verlieren würde, dessen Dimensionen und Konfliktpotentiale heute außerhalb der realen Möglichkeiten europäischen Handelns liegen.

Die Kriterien eines Beitritts für ein neues Mitglied wurde vom Europäischen Rat im Juni 1993 mit den „Kopenhagener Kriterien“ konkretisiert. Neben wirtschaftlichen und politischen Kriterien, wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten wird darin auch die Fähigkeit verlangt, das gesamte Recht der EU (den sog. Acquis communautaire) zu übernehmen. Ebenso auch die Ziele einer politischen Union.

Die Kopenhagener Kriterien sind so etwas wie die „zehn Gebote“ für den Beitritt eines Landes zur EU. Diese dürfen nicht verhandelbar sein. Verhandlungen über einen Beitritt der EU mit der Türkei dürfen daher erst dann aufgenommen werden, wenn die Türkei diese Kriterien erfüllt. Dies ist bislang nicht der Fall. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, ob die von der CDU/CSU ins Spiel gebrachte Variante, der Türkei den Status einer „privilegierten Partnerschaft“ zuzugestehen, eine dauerhafte Lösung mit Perspektive darstellt.

Tatsache ist, dass Europa mit der Türkei und den Mittelmeerländern auch viele gemeinsame Wurzeln verbinden. Europa läst sich nicht auf monokausale Fundamente herunter brechen. Die Antike etwa ließ große Teile der heutigen EU zunächst unberührt. Sie fand rund um das Mittelmeer statt. Die Schriften des klassischen Altertums, die für Europa nach dem Zerfall des römischen Reiches verloren gegangen waren, wurden erst im 13. Jahrhundert über islamische Gelehrte wieder zugänglich. Dabei kam Sizilien, Toledo und Granada als tolerante Begegnungsstätten von Juden, Christen und Muslime eine entscheidende Rolle zu.

Die Namensgeberin des Kontinents „Europa“ war eine asiatische Prinzessin. Das Christentum wurde nicht im Römischen Reich, sondern 301 in Armenien zum ersten Mal Staatsreligion. Die ersten großen Konzile der Christenheit fanden in Kleinasien statt. Der Apostel Paulus wuchs im Gebiet der heutigen Türkei auf. Wenn man der Definition Europas das Christentum zugrunde legt, könnte man die Türkei mit einigem Recht als eine der Wiegen Europas bezeichnen. Die einst größte Kirche der Christenheit, die Hagia Sophia, wurde mit der Eroberung Konstantinopels zum Vorbild der Moscheen. Im historischen Rückblick sei auch daran erinnert, dass die Byzanz plündernden Kreuzzugscharen, die ausgezogen waren, Jerusalem zurückzuerobern, die Stadt geschwächt und sie reif für die osmanische Eroberung gemacht haben.

Ex oriente fiat lux. Die Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam, also das Alte Testament, das Neue Testament und der Koran entstanden auf einem eng umgrenzten Gebiet im Vorderen Orient: also in Israel, in Palästina, im Heiligen Land. Die Kreuzzüge gehören zu den besonders dunklen Epochen der europäischen Geschichte. Von der Berührung mit der arabischen Welt wurde Europa nachhaltig beeinflusst. Kaiser Franz Josef führte zur Legitimierung seines Kaisertums von Gottes Gnaden auch den Titel „König von Jerusalem“.

Also ein Ja zur Mitgliedschaft der Türkei, wenn die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt sind.

Europa und Israel sind einander durch ein besonderes Band verbunden: Die tragischen Seiten dieser Beziehung sind die Pogrome, die Vertreibung und die mit keinem Adjektiv des Schreckens und Grauens zu beschreibende Shoa. Aber es gibt auch Verbindungen, bei

denen das gemeinsame Erbe der Geschichte im positiven Sinn zum Tragen kommt, wovon die vielfältigen kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Aktivitäten und Kooperationen Zeugnis geben.

Eine dieser Aktivitäten, das Herzl-Symposion, das nicht nur des Begründers der zionistischen Idee gedenkt, dessen 100. Todestag wir heuer feiern, sondern auch Ausdruck einer besonderen Verbundenheit der Stadt Wien mit Israel und seiner Bevölkerung hat. Das Herzl-Symposion, das heuer zum 5. Mal stattfindet, ist zu einem Symbol freundschaftlicher Beziehung zwischen unseren beiden Ländern geworden, und ich möchte es an dieser Stelle nicht verabsäumen, der Stadt Wien und ihren Bürgermeistern, insbesondere Alt-Bürgermeister Helmut Zilk und Bürgermeister Michael Häupl für ihre besondere Unterstützung zur Ausrichtung dieser Symposiums-Reihe zu danken. Großer Dank gebührt hierfür Gräfin Montjoye, Prof. Allerhand, und Prof. Peter Weiser sowie deren Team für die hervorragende inhaltliche Gestaltung und organisatorischen Ausrichtung dieser Veranstaltungen zu Ehren und im weiterführenden Gedenken an Theodor Herzl.

Dem Staat Israel, von dessen sechs Millionen Einwohnern etwa vier Millionen europäischer Herkunft sind, ist die EU in besonders vielfältiger Weise verbunden. Ähnlich wie mit der Schweiz oder Norwegen bestehen auch mit Israel enge Kooperationsregelungen, die über weite Strecken einer Mitgliedschaft gleichkommen.

Lord Weidenfeld hat erst vor kurzem mit dem Vorschlag aufhorchen lassen, die Europaunion sollte vor dem Hintergrund des in ersten Ansätzen wieder in Gang gekommenen Friedensprozesses im Nahen Osten jenen Staaten der Region, die wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftspolitisch den Normen eines vereinten Europas entsprechen, die Chance geben, sich nicht nur wirtschaftlich enger einzubinden, sondern dereinst die Vollmitgliedschaft zu erringen. Dies würde den leidenden Menschen Hoffnung und Sicherheit bedeuten. Neben Israel nannte Lord Weidenfeld auch noch den Libanon als berechtigte Kandidaten. Allerdings müsste dazu wohl auch ein ohnehin notwendiger Palästinenser-Staat gehören.

Diesem Vorschlag, so fantastisch er im ersten Augenblick klingen mag, hat durchaus Perspektive, allerdings unter der Voraussetzung, dass im Vorfeld eine praktische Lösung gefunden wird, die Israel eine gesicherte und friedliche Existenz innerhalb seiner international anerkannten Grenzen gewährt und den Palästinensern eigener, lebens- und funktionsfähiger, unabhängiger und demokratischer Staat zugestanden wird.

Mit der israelischen Ankündigung der vollständigen Räumung des Gaza-Streifens, wo 7.500 jüdische Siedler 1,5 Millionen Palästinensern gegenüber stehen, sowie die stufenweise Evakuierung von Siedlungen im Westjordanland wurde ein neues Kapitel im festgefahrenen Friedensprozess aufgeschlagen. Da der jüngste G8-Gipfel auch ein Signal für Entspannung in der arabischen Welt gab, besteht auch wieder Hoffnung, dass die vom Quartett UNO, USA, EU und Russland entwickelte Road map mit der Zielsetzung einer Zweistaatenlösung eine neue Dynamik gewinnt. Ein anhaltender Friede wird nur auf Basis von internationalem Recht unter Einschluss der Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu erzielen sein.

Also gerne ein Ja zur EU-Mitgliedschaft Israels, wenn Frieden erreicht worden ist, aber auch dann nicht gleich, um ausreichend Zeit zur Konsolidierung zu geben. Europa muss Israel alleine aus historischen und moralischen Gründen willkommen sein, war es doch das tragische Schicksal der europäischen Juden, das zur Gründung des Staates Israel führte.

Dann gäbe es auch Aussicht, dass der vom Dirigenten Daniel Barenboim im Mai des heurigen Jahres in Jerusalem und Ramallah geäußerte Wunsch in Erfüllung geht, dass sich die Spirale des unsäglichen Leides zu drehen aufhört, „dass in Palästina zwei Staaten in

Freiheit und Gleichheit in friedlicher Nachbarschaft existieren und dass dieses Land eine der fruchtbarsten Regionen der Welt sein wird, die Brücke zwischen Europa und Asien“.

Das mag alles utopisch, visionär – Visionen gelten bei uns allenthalben als behandlungsbedürftig -, und naiv erscheinen. Mag sein. Dennoch möchte ich zum Schluss meine Hoffnung mit einem Zitat von George Bernard Shaw ausdrücken. „Der vernünftige Mensch passt sich der Welt an. Allein der Unvernünftige sucht die Welt zu ändern. Deshalb hängt aller Fortschritt von den unvernünftigen Menschen ab.“

Lasst uns mit einem solchen Verständnis mit Perspektive unvernünftig sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!